

Arbeiterblatt

der

PROLETARISCHEN VEREINIGUNG ÖSTERREICHS

Nummer 178

August 1963

Zur Lage

Vor kurzem bereiste Kennedy, der Vertrauensmann der USA-Bourgeoisie, in deren Interesse das kapitalistische Europa. Der Zweck der Reise: Festigung der imperialistischen Einheitsfront gegen die SU und die "Volksdemokratien". Darum stellte er in seiner Rede in Neapel u.a. folgendes fest:

a) Innerhalb der NATO gebe es gewisse Meinungsverschiedenheiten;

b) Diese seien **n i c h t** prinzipieller, sondern "sachlicher" Art.

Stimmt das? Ja! Die NATO ist das Kriegsbündnis der Imperialisten zwecks Einverleibung der SU und "Volksdemokratien" in das kapitalistische Wirtschaftssystem; zwecks Unterjochung der dortigen Massen; vor allem zwecks Liquidierung der SU als **p r o l e t a r i s c h e n** Staat - dem bisher **e i n z i g e n** Arbeiterstaat, der durch die verräterische Stalinbürokratie immer mehr entartet. Formell gehört die japanische Ausbeuterklasse dieser Kriegsallianz zwar nicht an. Doch tatsächlich hat sie zum selben Zweck ein Bündnis mit den USA-Imperialisten geschlossen. Auch die schwächeren kapitalistischen Räuber, die formell "neutral" sind - die Bourgeoisie Österreichs, der Schweiz, Schwedens, usw. - bilden in der Tat einen Teil der weltbürgerlichen Einheitsfront **g e g e n** die SU und "Volksdemokratien" (Mao-China und Tito-Jugoslawien inbegriffen).

Sicher, es gibt Differenzen innerhalb der Weltbourgeoisie, auch große Differenzen - aber nicht prinzipieller Art, wie Multimillionär Kennedy,

bürgerlichdemokratischer Held der SP, richtig erklärte. Über alle Differenzen hinweg sind sich die Fraktionen der Weltbourgeoisie einig in diesen wichtigsten Zielen: siegreiches Zuendeführen des 2. imperialistischen Weltkriegs auf Kosten der SU und "Volksdemokratien"; kombinieren dieser militärischen Aktion mit kapitalistischer Gegenrevolution, vor allem in diesen Ländern; die SU soll durch grundlegende **U m w ä l z u n g** aus einem entarteten proletarischen in einen kapitalistischen Staat rückverwandelt werden; die entarteten kapitalistischen Staaten, die unter dem Titel "Volksdemokratien" dahersegeln, soll eine gründliche kapitalistische **R e f o r m** gesunden, dh. zu bürgerlichen Staaten machen, in denen die Bourgeoisie ihre zwei Machthebel wieder fest in der Hand hat: das kapitalistische Eigentum an den entscheidenden Produktionsmitteln und den kapitalistischen Staatsapparat.

Die Differenzen innerhalb der Weltausbeuterklasse sind eben "sachlicher" Art, dh. wohl wichtig, aber im Verhältnis zu ihren wichtigsten Zielen von zweitrangiger, drittrangiger Bedeutung. Davon einige Beispiele:

1) Die Differenzen zwischen den Imperialisten der USA und anderer bürgerlicher Länder: wegen der Absatz-, Anlagemärkte und Rohstoffquellen, die sich die ersteren auf Kosten der letzteren angeeignet, vor allem während der ersten "heißen" Phase des 2. imperialistischen Weltkriegs; bezüglich des Handels mit der Stalinbürokratie; über die Einstellung zu der Linksbourgeoisie der zurückgebliebenen Länder, usw. usw.

2) Die Differenzen zwischen der EWG-Bourgeoisie und der Bourgeoisie anderer kapitalistischer Länder; Differenzen innerhalb der EWG-Bourgeoisie; Differenzen zwischen der Ausbeuterklasse Englands und Frankreichs, usw., usw.

Schon lange baut die Stalinbürokratie auf diese innerkapitalistischen Differenzen und sucht die möglichst zu vergrößern. Dadurch hofft sie, die "heißw" Schlußphase des 2. imperialistischen Weltkriegs verhindern zu können. Eine vergebliche Bemühung! Das zeigen die Ergebnisse - noch immer kein Friedensvertrag zwischen der SU und Deutschland Japan!

Die "revolutionären Optimisten" der 4. I., die - sicher mit besten Absichten - in Pro-Stalinismus machen, übernehmen vielfach jene grundfalsche Einschätzung der Stalinbürokratie. Sie schließen daraus, daß die Differenzen innerhalb der Weltbourgeoisie wichtiger seien, als die sie einigenden Kriegsziele, die in den prinzipiellen Klasseninteressen der Bourgeoisie wurzeln! Und daß jene innerkapitalistischen Differenzen die geeinte Aktion der Weltbourgeoisie gegen die SU und "Volksdemokratien" unmöglich machen, die Imperialisten verhindern, loszuschlagen.

Manche ehrliche Arbeiter, Angestellte erliegen dieser Illusion, die den Hauptgrund des Zögerns der Weltimperialisten "überspringt": ihre Frucht vor den Massen! Die Weltausbeuterklasse weiß, daß die Umgruppierung der Massen zur Weltrevolution durch das Zudeführen des 2. imperialistischen Weltkriegs beschleunigt würde. Das wird die Weltbourgeoisie nicht von diesem Krieg abhalten. Der ökonomische Grundwiderspruch ihres Ausbeutersystems treibt sie schließlich dazu. Wohl aber sucht sie sich den "heißen" Weltkrieg mittels kapitalistischer Gegenrevolution zu erleichtern.

Schluß mit der liquidatorischen Illusion, daß die Differenzen innerhalb der Kapitalistenklasse den "heißen" imperialistischen Weltkrieg unmöglich machen! Das bedeutet, das Verhindern dieser Schlußetappe des 2. imperialistischen Weltkriegs - den Weltimperialisten überlassen! Nur die siegreiche proletarische Revolution vermag jene "heiße" Schlußphase zu verhindern!

Schluß mit allen "revolutionär-optimistischen" Illusionen! Die Tatsachen, die Lage und Perspektive müssen nüchtern beurteilt, eingeschätzt werden! Sicher wird der spon t a n e Massenaufschwung kommen! Heute schon weisen kleine Symptome darauf hin (westdeutsche, französische Streiks). Doch werden die Massen s i e g e n, dh. für sich siegen? Werden sie durch proletarischrevolutionäre Aktion den Imperialisten ihr räuberisches, mörderisches Handwerk legen? Werden sie die kapitalistische Klassenherrschaft stürzen und errichten die Herrschaft der proletarischen Demokratie?

Das hängt davon ab, ob dem Massenaufschwung die unumgänglich notwendige proletarischrevolutionäre F ü h r u n g geschaffen wird! Konkreter: ob es gelingt, rechtzeitig aufzubauen die proletarischrevolutionäre Führungsorganisation: die proletarischdemokratische Arbeiterpartei, Arbeiterinternationale, die den Massenkampf mit konsequenter proletarischer Politik, Strategie und Taktik leitet, lenkt.

Gelingt das nicht - dann werden die Weltmassen wieder eine fürchterliche Niederlage erleiden. Das muß die Arbeiterklasse, dh. in erster Linie ihre Bewußten, kampfgewilltesten Elemente, verhindern. Noch haben die Klassenbewußten Arbeiter, Angestellten, noch haben die proletarischen Revolutionäre Zeit, um ihre heute allerwichtigste Aufgabe zu erfüllen: den Aufbau der Partei, der Internationale der proletarischen Demokratie.

Warum muß diese die Grundlage der proletarischen Klassenpartei, Klasseninternationale sein und bleiben? Weil sie allein die nötigen organisatorischen Garantien liefert gegen das bürokratische Entarten der n e u zu schaffenden, w a h r e n Arbeiterpartei.

Vorwärts zum Aufbau der proletarischdemokratischen Arbeiterpartei, Arbeiterinternationale! Politischer Bruch mit den Judasparteien der verräterischen Arbeiterbürokratie - ob sozialbürokratischer oder stalinbürokratischer Färbung. - als erste Voraussetzung dazu.

Heran an die e r s t e Etappe des S h a f f e n s der unumgänglichen proletarischrevolutionären Partei, Internationale: die Herausbildung des proletarischrevolutionären K e r n s!

Das erfordert zähe, ausdauernde, geduldige Arbeit. Andere Arbeiter, Angestell-

te müssen für den proletarischrevolutionären Kampf gewonnen, ihr Bewußtsein fortschreitend geklärt, gehoben werden. Und das setzt voraus das unermüdliche Arbeiten am immer weiteren Vertiefen des e i g e n e n Bewußtseins. Das proletarische Klassenbewußtsein ist zugleich die unumgängliche Vorbedingung, daß der proletarischrevolutionäre Kern, die sich aus ihm entwickelnde Klassenpartei des Proletariats n i c h t entarten, sondern proletarischdemokratische Organisationen sind und bleiben.

13.8.1963

H.G.

Kämpfende Arbeiterschaft

Die wichtigsten Arbeiterkämpfe der Monate März bis Mai wurden schon besprochen: der westdeutsche Metallarbeiterstreik und die französische Streikwelle. (siehe AB 177). Nach Ende des letzten Großkampfes streikten noch 200.000 Angestellte des Gesundheitsdienstes - 50.000 Krankenschwestern inbegriffen. Sie forderten Arbeitszeitverkürzung und demonstrierten dafür vor dem Pariser Rathaus. In Westdeutschland fand noch ein Streik der Glashüttenarbeiter statt, die um längeren Urlaub kämpften. Von Bayern breitete sich dieser Streik nach Baden-Württemberg und Hessen aus.

Belgien: gegen die kapitalistischen Anti-Streikgesetze rührte sich die Arbeiterschaft des südbelgischen Bergwerksgebietes - vor allem in Lüttich, Namur und Charleroi. Besonders bezeichnend ist die Tatsache, daß die SP mit der rechtsbürgerlichen Christlichdemokratischen Partei in der Koalitionsregierung sitzt. Und jene schwindelsozialistische "Arbeiter"partei hat das Beschneiden der bürgerlichdemokratischen Streikgesetze glatt mitgemacht. ...

England: Streiks und Demonstrationen für Lohnerhöhungen, gegen Arbeitslosigkeit und Entlassungen kämpferischer Betriebsvertrauensmänner. Zehntausende Auto-, Metall-, Hafen-, Werft- und Gummiarbeiter nahmen an diesen Kämpfen teil.

Doch das wichtigste Symptom war die Demonstration 7000 Arbeitsloser vor dem Parlament. Sie war von der Gewerkschaftsbürokratie als Verpuffungsaktion aufgezo-gen worden: um der Arbeiterschaft, deren Unzufriedenheit über die zunehmende

Unsicherheit der Existenz wächst, zu "beruhigen". Doch ein Großteil der kampf-gewillten Arbeitslosen - darunter viele Arbeiterfrauen und junge Arbeiter, Ange-stellte beiderlei Geschlechts - dachte ander. Mit richtigem Instinkt suchten sie i n das Parlamentsgebäude einzu-dringen, um einen möglichst großen Druck auf die kapitalistischen und arbeiter-bürokratischen Vertreter auszuüben. Auch schwindelsozialistischen SP-Abgeordne-ten gelang es nicht, jene kämpferischen Arbeitslosen davon abzubringen. Daher setzte die Bourgeoisie - mit Zustimmung, unter dem Beifall der Arbeiterbürokratie, LP - die kapitalistische Polizei gegen die Demonstranten ein, die sich zur Wehr setzten. Leider fehlte eben eine prole-tarische Klassenpartei. Sie allein hätte diese Demonstration richtig leiten, aus-weiten, für den konsequenten proletari-schen Klassenkampf auswerten können.

Gegen die unausgesetzte Ausbeutungs- und Teuerungsoffensive, für höheren Lohn, Gehalt kämpften vielerorts Arbeiter, Angestellte in Österreich: zuerst streik-ten die Rundfunkangestellten. Dann wehr-ten sich die Molkereiarbeiter mittels passiver Resistenz und Streiks. Ihnen folgten die Salinenarbeiter und eine Reihe Wiener Betriebe: Wertheim(X.), Teudloff-Vamag (XX.), Floridsdorfer Lokomotivfabrik (XXI.) und Elin-Union (XXII.).

Aus denselben Gründen streikten in Finnland 80.000 Angestellte der staats-kapita listischen Betriebe (Eisenbahn, Post, usw.); in Japan 60.000 Arbeiter der Gummi- und Papierindustrie, sowie zehntausende Eisenbahn- und Autobusange-stellte; und in Italien vor allem die Belegschaften des Chemie-Trusts Monte-catini.

USA: die Negermassen kämpften, kämp-fen in erster Linie um bürgerlichdemo-kratische Rechte. Doch die überwältigen-de Mehrheit der Neger sind Arbeiter, gehören zu den ärmsten Schichten des Proletariats. Spontan treten sie immer-mehr in den Kampf für i h r e Inter-essen: Lohn, Arbeitsbedingungen, usw. Vor allem bei den Bauarbeitern, wo sie auch solidarische Unterstützung seitens ande-rer Arbeiter finden. Dies trotz aller Versuche linksbürgerlicher und klein-bürgerlicher Führer der Neger, deren Kampf auf bürgerlichdemokratische Rechte zu beschränken. Leider haben die amerikani-schen Massen noch keine w a h r e Arbeiterpartei, die auch den Kampf der

Negermassen auf die Bahn des konsequenten proletarischen Klassenkampfes lenken könnte. Dagegen wirkt vor allem die Gewerkschaftsbürokratie. Als echter kapitalistischer Lakai betreibt diese systematisch das Spalten der Arbeiterklasse, ja verwehrt vielfach den Negern den Eintritt in die Gewerkschaften!

Immer wieder weist die Arbeiterbürokratie auf die Schweiz hin: dort gehe es den Arbeitern so gut, daß sie nicht einmal mehr um brennende Tagesinteressen zu kämpfen brauchen - ja es gebe dort eigentlich keine solchen brennenden Tagesfragen mehr. - Der lange Streik der Züricher Gipser hat diese Lüge entlarvt. Sie wehrten sich gegen die fortschreitende Ausbeutungssteigerung und Teuerung, kämpften um Arbeitszeitverkürzung und Lohnerhöhungen. Mehrere Male zogen sie gegen Streikbrecher los, die meistens von der Ausbeuterpolizei geschützt wurden. Die Gewerkschaftsbürokraten "führten" den Streik, um die unzufriedenen Gipser hinter sich zu halten, verhinderten jedoch jeden konsequenten Kampf der Streikenden. Darum hüteten sich auch die verräterischen Gewerkschaftsbürokraten, die Notwendigkeit des Kampfes für echte Arbeitszeitverkürzung aufzuzeigen - dh. ohne Kürzung des Lohnes und ohne Intensivierung der Arbeit; und erst recht hüteten sie sich diesen Kampf auszurichten auf das konsequente Überwinden des kapitalistischen Systems.

Mit diesem Kampf muß jeder, auch der kleinste Tageskampf der Arbeiter verküppelt werden. Denn solange das kapitalistische Eigentum und der kapitalistische Staat bestehen, solange vermag die Bourgeoisie jede Verkürzung der Arbeitszeit, jede Lohnerhöhung, jede sozialpolitische Verbesserung immer wieder zu untergraben, auszuhöhlen.---

Streiks, Demonstrationen, Zusammenstöße mit dem Staatsapparat der Ausbeuterklasse fanden in vielen zurückgebliebenen kapitalistischen Ländern statt. Hier nur die wichtigsten:

In Uruguay steigt die Zahl der Kurzarbeiter und Arbeitslosen. Dort, wie in andern lateinamerikanischen Ländern, wirkt sich die Stagnation der kapitalistischen Weltwirtschaft aus. Um ihren Arbeitsplatz, um höhere Löhne streikten die Belegschaften der Großbetriebe Mon-

tevideos, die E-Werkarbeiter und Bankangestellten.

In Britisch-Guyana brach ein Generalstreik aus gegen die Versuche der linksbürgerlichen Regierung Jagan & Co, die bürgerlichdemokratische Gewerkschaftsfreiheit einzuschränken.

In Karachi, dem Industrie- und Handelszentrum Pakistans traten 7000 Textilarbeiter in den Streik. Diesen Kampf um Lohnerhöhungen suchten die Textilkapitalisten mittels Streikbrecher zu gewinnen. Die streikenden Arbeiter demonstrierten und wollten die Streikbrecher aus den Fabriken hinausjagen. Darauf mobilisierte die Ausbeuterklasse ihre Polizei, um die "innere (kapitalistische) Ruhe", den "sozialen (Ausbeuter)Frieden" wiederherzustellen. Als Gummiknüppel und Tränengas dazu nicht reichten, schob die Ausbeuterpolizei schließlich in die "aufgeregten" Arbeiter, tötete und verwundete mehrere von ihnen. (So hat ja auch die kapitalistische Polizei am 15. Juli 1927 die "erregten" Arbeiter Wiens "beruhigt", für die "Aufrechterhaltung der (bürgerlichen) Ordnung" gesorgt...---

Allgemein beweist der Verlauf dieser Arbeiterkämpfe: wo die SP, Gewerkschaftsbürokratie einen Streik "führen", so tun sie es nur, um die Gefolgschaft der Arbeiter nicht zu verlieren, in diesen möglichst Illusionen über die Bürokratie zu nähren. Zugleich aber sabotieren, durchkreuzen die Sozialbürokraten samt SP jeden ernstesten Arbeiterkampf, versuchen, jeden Streik möglichst schnell abzuwürgen. Wo Stalinbürokratie, KP die Arbeiter zum Kampf rufen, tun sie es nur, um diese zu Gunsten des Kremles auszuschmarotzen.

Im Verlauf der Arbeiterkämpfe muß die Arbeiterbürokratie samt ihren schwindelsozialistischen und schwindelkommunistischen Parteien ihr Verratsgesicht immer offener zeigen. Kein Zweifel, daß das die Entlarvung der SP, KP erleichtern wird - aber eben nur erleichtert erntet! Damit deren Judaswesen von den ausgebeuteten Massen erkannt wird, damit die Arbeiter, Angestellten aus dieser Erkenntnis die unumgänglich nötigen Konsequenzen ziehen -

Bruch mit den Schmarotzparteien der Arbeiterbürokratie, mit der SP und KP!

Aufbau einer Partei des konsequenten

Arbeiterkampfes, einer proletarischdemokratischen Arbeiterpartei!

Kampf unter deren Führung für die proletarischdemokratische Reform der Gewerkschaften!

- dazu bedarf es der geduldigen, ausdauernden Klärungsarbeit der ehrlichen, proletarischen Revolutionäre!

31.7.1963

V.P.

SP-Regierung gegen Massen

An der Spitze des kapitalistischen Staates Dänemark steht seit Jahren die SP. In jüngster Zeit leitet sie die bürgerliche Koalitionsregierung. Unter Führung der SP hob sich Dänemark zum Muster des kapitalistischen Wohlfahrtsstaates, von der AZ unermüdlich gepriesen. Daß das auf dem fortschreitenden Steigern der Ausbeutung, damit der Profite beruht; daß diese Steigerung alle "Besserungen des Lebensstandards" immer wieder und immer mehr übertrifft - das wurde, wird von SP, AZ k e w u ß t im Dunkeln gehalten.

Schon 1956 setzten sich die dänischen Arbeiter, Angestellten ernstlich zur Wehr: trotz aller Sabotage der Arbeiterbürokratie brach ein Generalstreik aus - gegen die damalige SP-Regierung! Diese angeblich "sozialistische" Regierung bemühte sich, den Generalstreik a b z u w ü r g e n. Dazu schickte sie auch kapitalistische Polizei gegen die Streikenden! -

Seither haben die "Sozialpartner", dh. Bourgeoisie und Sozialbürokratie (samt SP) die Ausbeutungs- und Teuerungsoffensive weiter worgetrieben. Trotzdem hat die Ausbeuterklasse Dänemarks immer größere Schwierigkeiten im internationalen Konkurrenzkampf. Sie sucht auf Kosten der Massen konkurrenzfähig zu bleiben. Die mit der Kapitalistenklasse v e r b ü n d e t e Sozialbürokratie, SP h e l f e n dabei mit!

Im vergangenen Sommer beschloß die kapitalistische Regierung unter Führung der SP ein "Sanierungsprogramm" zu Gunsten der Bourgeoisie: Erhöhung der indirekten Steuern um 900 Mill. Kr. im Jahr. Eine große Belastung der Massen, deren Unzufriedenheit wuchs. Doch dieser riesige L o h n r a u b genügte

den Ausbeutern nicht. Sie griffen - gleich der Bourgeoisie Österreichs, Frankreichs, usw. - zur Verschärfung der Teuerungsoffensive gegen die Massen.

Deren Widerstand nahm zu, drohte weiter zu steigen. Ausbeuterklasse und SP wollten eine ernste "Störung des inneren (kapitalistischen) Friedens" durch die Arbeiterschaft verhindern. Dazu Bedienten sie sich "des (bürgerlich) demokratischen Staates": seine H a u p t aufgabe ist es ja, die kapitalistische Klassenherrschaft, die Bedingungen der Ausbeuterwirtschaft, den "sozialen (Ausbeuter)Frieden" gegen die Arbeiterklasse zu s i c h e r n.

Unter Führung der SP wurden im bürgerlichen Parldament 12 Gesetze beschlossen, um die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Bourgeoisie auf Kosten der Massen zu "haben". Wieso ist das möglich? Weil die Gesetze "der (bürgerlichen) Demokratie" nur Vorschriften sind, welche diese V e r h ü l l t e Bourgeois-Diktatur erläßt und deren Einhaltung sie durch ihren "demokratischen" Staatsapparat e r z w i n g t!

Folgende kapitalistische Vorschriften wurden den dänischen Massen mit Hilfe der SP aufgezwungen:

1. Ein zweijähriger Lohnstop. Nur für die Arbeiter mit niedrigsten Löhnen ist eine gewisse "Aufbesserung" vorgesehen (die durch Steigern der Ausbeutung mehr als wettgemacht wird!). Das soll die Arbeiterschaft s p a l t e n, so ihren Widerstand gegen die Ausbeutergesetze schwächen. - So hofft die SP, den dänischen Kapitalisten auf zwei Jahre das Anschwellen der Profite zu sichern!

2. Die zweijährige Verlängerung der Kollektivverträge hat denselben Zweck - damit sucht die SP jede Verkürzung der Arbeitszeit, jede Verbesserung der Arbeitsbedingungen auf zwei Jahre zu verhindern.

3. Eine Zwangssparanleihe, dh. einen "legalen" Riesenlohnraub mittels des kapitalistischen Staates. Seine Einnahmen wurden durch große Steuerkonzessionen an die Ausbeuterklasse verringert. Das wird nun aus den Taschen der Massen wettgemacht - mit Hilfe der SP!

4. Ein zweijähriges Streikverbot! - So will die SP den Wi-

derstand der Arbeiter, Angestellten gegen die kapitalistische Offensive möglichst unterbinden. So s a b o t i e r t die SP den Kampf für die dringendsten Interessen der Arbeiterklasse: um die "ruhige Aufwärtsentwicklung der (kapitalistischen) Wirtschaft", damit der P r o f i t e zu garantieren!

Diese kapitalistischen Raub- und Unterdrückungsgesetze sollen den Massen schmackhaft gemacht werden!

a) durch kleine sozialpolitische "Verbesserungen" - deren Kosten wie immer letzten Endes die Ausgebeuteten selbst zu tragen haben;

b) eine staatliche Regulierung der Mietzinse wird eingeführt - nachdem die Hausherrn sich durch saftige Zinserhöhungen die Taschen gefüllt haben...

c) ein "Preisstop" wurde dekretiert. Was eine "Preisstabilisierung" im Kapitalismus wert ist, das haben die österreichischen Arbeiter, Angestellten jüngst erlebt. Es ist bloße Augenauswischerei, damit die Ausgebeuteten die Teuerung möglichst widerstandslos hinnehmen.

d) Schließlich wurde ein Aussperrungsverbot und ein "Dividendenstop" für die Kapitalisten eingeführt. Das soll den Massen vorgaukeln, daß es in der b ü r g e r l i c h e n Demokratie "gleiches Recht für Alle" gäbe. Wobei die Kapitalistenklasse die entscheidenden Produktionsmittel eignet. Wobei der kapitalistische Staatsapparat - sei es auch unter Führung der SP, KP, Gewerkschaftsbürokratie! - dieses Ausbeutereigentum, die Ausbeutergesellschaft überhaupt g e g e n die Arbeiterklasse schützt!

Die Kapitalisten können einen "Dividendenstop", "Profitstop", usw. umgehen und Aussperrungen werden für sie überflüssig, wenn ihr Staat Streiks verboten hat. Auch unter der faschistischen Ausbeuterdiktatur bestand ein "Streik- und Aussperrungsverbot"...

Das Beispiel Dänemarks beweist, w e m der kapitalistische "Wohlfahrtsstaat" wirklich dient: vor allem der Wohlfahrt der Bourgeoisie und Arbeiterbürokratie! Selbstverständlich auf Kosten der Massen, die alle sozialpolitischen Verbesserungen bei weitem überbezahlen müssen - durch gesteigerte Ausbeutung, durch immer größeren Lohnraub (Teuerung, Steuerschraube, Mieten- und Tariferhöhungen, usw.).

Dänemark zeigt uns: eine Partei, die sich "sozialistisch" nennt, hat führenden Anteil am kapitalistischen Raubzug gegen die Massen, am B e s o h n e i d e n des bürgerlichdemokratischen Streikrechts! Die dänische SP hat eindeutig g e g e n die Interessen der Arbeiter, Angestellten gehandelt, diese schwer geschädigt. Die angeblich "sozialistische" Partei Dänemarks hilft, die kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung zu v e r g r ö ß e r n !

Bezeichnend ist auch das Verhalten der KP und der "sozialistischen" Volkspartei der Larsen & Co. Beide Parteien waren in Worten gegen jene Ausbeutungsgesetze, rührten jedoch ernstlich keinen Finger. Erstere dient ja den Interessen der verräterischen Stalinbürokratie, die die offene Koalition mit der dänischen Bourgeoisie anstrebt. Letztere bewegt sich auf derselben opportunistischen G r u n d l i n i e wie die SP. Das wird durch ihre pazifistischen, zentristischen Phrasen verschleiert.-

Warum handelte die dänische SP so? Weil ihre Politik n i c h t von den ehrlichen Parteimitgliedern, sondern von der Sozialbürokratie bestimmt wird! Diese hat die proletarische Demokratie in der SP a b g e w ü r g t, die ehrlichen Parteimitglieder e n t r e c h t e t. Dadurch b e h e r r s c h t die Sozialbürokratie die SP, entscheidet deren politische Linie!

Die Grundlage dieser Politik ist das Bündnis m i t der Kapitalistenklasse g e g e n die Arbeiterklasse. Nur für diese K o a l i t i o n erhalten die Sozialbürokraten samt Sippschaft den J u d a s l o h n, der ihnen über alles geht: die einträglichen Ämtern, die bürgerlichen Orden, Titeln, Vorteile.

Dieses verräterische Bündnis zu v e r e w i g e n, von der Bourgeoisie einen immer ausgiebigeren Judaslohn zu beziehen - das ist das Hauptziel der Sozialbürokratie, ihrer SP. Dazu sind sie Bereit, ihr Äußerstes für die Kapitalistenklasse zu leisten. Vor allem, da die Rechtsbourgeoisie auf die neufaschistische Diktatur hinarbeitet. Deren Errichtung würde das Ende für die sozialbürokratische Verräterbande bedeuten: weil die Ausbeuterklasse dann die Koalition mit der SP nicht mehr nötig hätte (siehe 1933/34 in Deutschland, Österreich).

Das wollen die Sozialverräter, ihre SP um jeden Preis vermeiden. Darum ihre Judasdienste für die Bourgeoisie. Diese soll dadurch überzeugt werden, daß sie den Neufaschismus nicht brauche: SP, Gewerkschaftsbürokratie würden ihr die Arbeiterklasse dauernd niederhalten - gegen reichliche Belohnung für die Sozialjudas und gelegentliche sozialpolitische Brosamen für die Massen. Wobei die Kosten dieser kapitalistischen Sozialpolitik letzten Endes ohnehin den Massen aufgehalst werden...

Und sollte die Ausbeuterklasse trotzdem die neufaschistische Diktatur errichten, dann hoffen die Sozialbürokraten samt SP diesmal mitmachen zu dürfen. Sie waren ja schon das erste Mal dazu bereit! 1933 hat der SPD-Abgeordnete W e l s im deutschen Reichstag der NSDAP, dh. der Partei der faschistischen Bourgeoisie die K o a l i t i o n gegen die Massen angeboten! Daß dieses Bündnis nicht zustande kam, das lag nicht an der SP, sondern an der Bourgeoisie! Diese hatte die "Mitarbeit" der sozialbürokratischen Lakaien, Partei nicht mehr nötig! Der ungeheure Verrat der SP, Gewerkschaftsbürokratie, durch den Riesenverrat der KP potenziert, hatte der gegenrevolutionären Bourgeoisie den Weg bereitet! -

Aus ähnlichen Gründen will sich die österreichische Sozialbürokratie der Ausbeuterklasse u n e n t b e h r l i c h machen. Daher bemüht sich die SPÖ immer wieder, ihre Ergebenheit der Kapitalistenklasse zu beweisen: siehe die Mithilfe der SPÖ beim jüngsten R i e s e n l o h n r a u b durch Erhöhung der Preise, Steuern, Pensionsversicherungsbeiträge!

Kein Wunder, daß die AZ die Handlungen der SP Dänemarks möglichst v e r s c h w i e g e n hat! Schon das S t r e i k v e r b o t bezeugt, daß die dänische SP n i c h t im Interesse der Arbeiterklasse, sondern der Kapitalistenklasse handelt! Es ist kapitalistische Politik, die von der SP als Politik zu Gunsten der "Allgemeinheit" ausgegeben wird. Als ob es möglich wäre, in der kapitalistischen Klassengesellschaft eine solche Politik zu betreiben: zu Gunsten der herrschenden u n d der beherrschten Klasse; zu Gunsten der ausgebeuteten u n d der ausgebeuteten Klasse; zu Gunsten der Kapitalistenklasse u n d der Arbeiterklasse, deren

Interessen längst einander schnurstracks zuwider laufen!

Die Ausbeutergesetze der dänischen SP b e w e i s e n : Sozialbürokratie, SP sind unfähig, ungewillt, die Arbeiterinteressen ernstlich gegen die Bourgeoisie zu verteidigen. Um ihren Judaslohn zu beziehen, handeln sie leitend im Interesse der Kapitalistenklasse. Das suchen sie mit allen möglichen Tricks, Lügen, Schwindel zu verdecken. Die Judasrolle der Sozialbürokratie, SP wird nur durch den noch größeren Verrat der Stalinbürokratie, KP übertroffen.

Die Arbeiter, Angestellten müssen sich von diesen Verratsparteien l ö s e n , von der SP u n d der KP! Das ist der erste Schritt zum Schaffen der unzugänglichen Führung des proletarischen Klassenkampfes: der w a h r e n Arbeiterpartei.

Diese muß den Arbeiterkampf k o n s e q u e n t führen: sie muß den ernstesten Kampf um die brennenden Tagesinteressen richtig v e r k n ü p f e n mit dem Kampf für die proletarische Demokratie, dem e i n z i g e n Übergangsweg zum demokratischen Weltsozialismus. Denn im proletarischdemokratischen Staat, in der proletarischdemokratischen Wirtschaft werden die Massen unter Führung der Arbeiterklasse b e s t i m m e n u n d k o n t r o l l i e r e n !

Diese Führungsaufgaben vermag nur eine K l a s s e n p a r t e i der Arbeiter zu erfüllen. Sie muß a u f g e b a u t werden: als Partei der proletarischen Demokratie, mit deren unerläßlichen organisatorischen Sicherungen gegen jegliche Verbürokratisierung. Darum wird sie sein die

Proletarischdemokratische Arbeiterpartei

23.5.1963

P.E.

Korrekturen zu AB 176:

S.3, Abs.1, vorletzte Z.: hinter "Tito-bürokratie" ist einzufügen das Wort "treibt".

S.4, Abs.3, in Z.5 ist das Wort "sich" zu streichen.

S.4, Abs.7, Ende: das letzte Wort muß "Stalinbürokratie" heißen.

S.6, Abs.1, Z.4: es muß "Arbeiterbürokratie" heißen.